

II- 11653 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 58051J

1990 -06- 28

A N F R A G E

des Abgeordneten Dipl. Soz. Arb. Manfred Srb und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend diskriminierende Behandlung von behinderten Menschen bei der medizinischen Begutachtung im Zusammenhang mit Führerscheinverlängerungen im Bereich der Polizeidirektion Salzburg

Immer wieder ist in der Öffentlichkeit von Klagen über die Vorgangsweise des Verkehrsamtes der Polizeidirektion Salzburg im Zusammenhang mit Untersuchungen von behinderten Führerscheinwerbern zu hören.

So mußten Inhaber/innen von befristeten Führerscheinen, die zur Nachuntersuchung bestellt waren, ihren Oberkörper freimachen, obwohl nur ihre Sehkraft zu untersuchen war.

Auch die Volksanwaltschaft wurde schon mit der diskriminierenden und menschenverachtenden Vorgangsweise dieser Behörde befaßt.

Erst neulich wurde ein besonders krasser Übergriff dieser Behörde bekannt, bei dem ein behinderter Autofahrer, der seit 27 Jahren in Besitze eines Führerscheines ist und insgesamt 500.000 Kilometer unfallfrei zurückgelegt hat, eine Reihe von Tests über sich ergehen lassen mußte, die in keinem Zusammenhang mit seiner Behinderung stehen. So wurde u.a. auch eine psychiatrische Untersuchung angeordnet und darüber hinaus auch noch die Verlängerung auf nur 2 Jahre - anstatt wie bisher auf 5 Jahre - ausgesprochen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Inneres

A N F R A G E

1. Sind Ihnen die obengenannten Beschwerden bekannt?
2. Sind Sie bereit diese Mißstände abzustellen?
3. Bis wann werden Sie etwas dagegen unternehmen?
4. Sind Sie bereit, die verantwortlichen Beamten, insbesondere Polizeiarzt Dr. Gernot Zimmer, zur Verantwortung zu ziehen, nötigenfalls auch zu versetzen?